

Stellungnahme zu den Resolutionen des Oberrheinrates

Ich danke Ihnen für die Zusendung Ihrer Resolutionen. Der Oberrheinrat zeigt, dass er auch in Zeiten von COVID19 für die Interessenvertretung der trinationalen Metropolregion von großer Bedeutung ist und das ist gut. Gerade weil die Bekämpfung der Pandemie momentan oberste Priorität hat, muss sichergestellt sein, dass dies unter Berücksichtigung der Belange der unterschiedlichen Regionen und in einem bestmöglichen Interessenausgleich geschieht. Auch die Behandlung von Themen des Klima- und Umweltschutzes ist wichtig, denn diese drängenden Themen dürfen trotz der aktuellen Lage nicht einfach verdrängt werden.

Als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament teile ich die in der Resolution für "Maßnahmen gegen den Biodiversitätsverlust grenzüberschreitend weiterdenken" des Oberrheinrats festgehaltene Ansicht, dass der Schwund der Arten die Menschheit vor eine ähnlich existenzielle Herausforderung stellt wie die Klimaerhitzung. Wir haben deshalb den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine neue EU-Artenschutzstrategie sehr begrüßt. Dass die Europäische Kommission eine so ambitionierte Strategie vorgeschlagen hat, zeigt: Der Green Deal liegt trotz Corona-Krise richtigerweise nicht auf Eis! Die Strategie umfasst ein Bündel von Ankündigungen zukünftiger Maßnahmen, um das Artensterben in der EU aufzuhalten. Während wir noch auf die genaue Ausgestaltung der Vorschläge warten müssen, unterstützen wir die in der Strategie vorgeschlagenen Ziele und Prinzipien, die auch in der Oberrheinrats-Resolution erwähnt werden, so zum Beispiel die Reduzierung des Flächenverbrauchs und die Wiederherstellung von Ökosystemen.

Unter anderem schlägt die Kommission vor, dass 30% der Land- und Meeresfläche bis 2030 unter Naturschutz stehen sollen. Davon je ein Drittel unter besonders starkem Schutz. Neu ist, dass die Kommission ein verbindliches Ziel vorschlagen will, wieviel Prozent von Lebensräumen, die sich in schlechtem Zustand befinden, wieder auf einen guten Zustand gebracht werden müssen. Das ist besonders wichtig, da bestehende Ökosysteme den größten Schutz für Tiere und Pflanzen bieten und am meisten CO₂ binden und so im Kampf gegen die Klimakrise helfen.

Die europäische Landwirtschaft ist einer der größten Treiber des Artensterbens in Europa. Besonders wichtig sind daher die Vorschläge der Kommission zur nachhaltigeren Gestaltung der europäischen Landwirtschaft, wie etwa die Schaffung von landwirtschaftlichen Brachflächen oder die Reduktion der Verwendung von Pestiziden. Allerdings ändert dies nichts an den strukturellen Schwächen der gemeinsamen Agrarpolitik der EU, in der Gelder hauptsächlich für die Größe landwirtschaftlicher Betriebe und nicht für das Erbringen von wichtigen Leistungen von Landwirt*innen für den Klima- und Naturschutz gezahlt werden! Ohne eine grundlegende Reform dieser Förderpraktiken drohen die in der Strategie vorgeschlagenen Maßnahmen reine Kosmetik für den Naturschutz zu sein.

Auch sehr gut und wichtig ist das Bekenntnis der Kommission, in Zukunft stärker auf die nationale Umsetzung des EU-Rechts zu pochen. Daran hat die europäische Naturschutzpolitik in der Vergangenheit zu oft gekrankt. Bei Regelverletzungen durch Mitgliedsstaaten wurde oftmals ein Auge zugeedrückt. Das wird sich nun hoffentlich ändern.

Dem Anliegen der zweiten Resolution, „Berücksichtigung der Lebenswirklichkeiten in den Grenzregionen im Falle von Einschränkungen beim Grenzübergang“, kann ich mich ebenfalls ohne nennenswerten Vorbehalt anschließen. Die vorschnellen Grenzsicherungen im Frühjahr fanden ohne angemessene Koordination oder Berücksichtigung der Interessen von Wirtschaft und Pendlerinnen und Pendlern statt. Das hatte nicht nur erhebliche wirtschaftliche Folgen, sondern führte auch zu starker Verunsicherung bei den Menschen und Unternehmen.

Das darf sich nicht wiederholen. Angesichts wieder steigender Infektionszahlen muss klar sein, dass neue Maßnahmen in den Grenzregionen nur in enger, gegenseitiger Abstimmung, die die Lebenswirklichkeit der Menschen angemessen berücksichtigt, erfolgen dürfen. Komplette Grenzsicherungen sind zu vermeiden. Dafür setze ich mich im Gespräch mit den Zuständigen und auf europäischer Ebene ein.

Ich freue mich, dass Malu Dreyer als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz in engem Kontakt mit den Verantwortlichen steht und sich ebenfalls gegen Grenzsicherungen ausgesprochen hat.

Ich begrüße außerdem das klare Bekenntnis und die Verpflichtung zu den Sustainable Development Goals (SDGs) der UN. Um diese zu erfüllen, braucht es ein Problembewusstsein auf allen Ebenen: kommunal, regional, Land, Bund und Europa! Es geht um eine Kraftanstrengung, die nur gemeinsam gelingen kann.

Die EU hat sich ebenfalls der Einhaltung dieser Ziele verschrieben: In den zehn Prioritäten der aktuellen Kommission sind sie enthalten, während das Europäische Parlament auf vielen Ebenen, unter anderem im Rahmen des auch von Ihrer Resolution erwähnten Green New Deals, an ihrer Verwirklichung arbeitet. Meine Fraktion bemüht sich dabei, die bisherigen Anstrengungen zu verstärken und die Vorschläge der Kommission zu verbessern.

Die Betonung der sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit halte ich als Sozialdemokratin ebenfalls für äußerst wichtig: Die Bekämpfung von Umweltverwüstung und Erderwärmung ist wichtig, aber natürlich nicht die einzige Baustelle. Auch Armut, Hunger, Diskriminierung, mangelnde medizinische Versorgung und fehlende Bildungschancen müssen behoben werden und sind zurecht Teil der 17 SDGs. Erst dann kann von einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft gesprochen werden.

In diesem Sinne bedanke ich mich nochmal für die Resolutionen und Positionierung des Oberrheinrates.

Katarina Barley